Deutschland im 20. Jahrhundert.

Ulrich Herbert

1. Periodisierungen
2. Radikale Reaktionen auf die moderne Industriegesellschaft
3. Der Nazistaat und sein Ende
4. Bruch und Kontinuität nach 1945
5. Autoritäre Tradition und liberale Gesellschaft
6. Höhepunkt und Krise der klassischen Industriegesellschaft
7. Zweierlei Einheit
8. Das Ende der Utopien
9. Die liberale Gesellschaft nach dem Zusammenbruch ihrer Gegner
10. Perspektiven

1. Periodisierungen

Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts ist in zwei Epochen geteilt, die unter-schiedlicher nicht sein könnten.[1] Die erste Hälfte war von Kriegen und Katastrophen gekennzeichnet, wie sie die Welt nie zuvor gesehen hatte. In ihrem Mittelpunkt stand Deutschland, mit dessen Namen seither die furchtbarsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte verbunden sind. Die zweite Hälfte führte schließlich zu politischer Stabilität, zu Freiheit und Wohlstand, wie sie nach 1945 völlig unerreichbar schienen. Wenn man für diese Epochenteilung ein symbolisches Datum nennen sollte, dann vielleicht den Sommer 1942, als mit dem Beginn der Aktion Reinhard die systematische Ermordung nahezu aller polnischen Juden begann und zugleich die Massendeportationen der Juden aus Westeuropa nach Auschwitz in Gang gesetzt wurden. Wie die Entwicklung in Deutschland von der wirtschaftlichen und kulturellen Blüte des Landes um die Jahrhundertwende zu diesem Tiefpunkt führen konnte, ist die eine Frage. Wie die Deutschen in den folgenden sechzig Jahren aus dieser Apokalypse herausfanden, die zweite.

Gleichwohl, die Menschen wussten fünfzehn oder zwanzig Jahre zuvor nicht, was im Sommer 1942 geschehen würde, sie konnten es nicht einmal ahnen. Das gilt sogar für die Antisemiten

[1] Vortrag bei der Feier des 10. Jahrestages der Gründung des DHI Moskau, 15.9.2015. Der Text fasst Aspekte meines Buches „Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert“ (Beck: München 2014) zusammen. Auf Fußnoten wurde verzichtet.

und die zu dieser Zeit noch ziemlich wenigen Nationalsozialisten. Das begrenzt die Frage, „wie es dazu kommen konnte“, und verweist auf die Offenheit des Geschehens, auf die Alternativen und die zahlreichen Nebenwege und Seitengassen der Geschichte. Noch im Juli 1914 war der Erste Weltkrieg abwendbar. Bei den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 erzielten die Nationalsozialisten ganze 2,6 Prozent der Stimmen. Wer nur nach der Vorgeschichte der Probleme der Gegenwart oder der zeitlich je unterschiedlichen Gegenwarten fragt, folgt einer verborgenen Teleologie und blendet jene Entwicklungen aus, die abgebrochen wurden, die scheiterten oder im Sande verliefen.

Eine Zwangsläufigkeit enthält die Entwicklung zwischen der Jahrhundertwende und der Apokalypse des Massenmords nicht, obwohl die Kräfte, die dahin drängten, deutlich auszumachen sind. Aber ebenso wenig war nach 1945 der Wiederaufstieg zunächst des westlichen, dann des ganzen Deutschlands zu Freiheit und Wohlstand zwangsläufig. Dass ein wirtschaftlicher Aufschwung folgen konnte, war angesichts der industriellen Potentiale immerhin nicht ausgeschlossen, obwohl angesichts der Zerstörungen bei Kriegsende nur wenige daran glaubten. Aber dass es noch einmal gelingen konnte, in diesem Volk und seiner Führung den Sinn für Demokratie, Rechtsstaat und Menschenwürde zu wecken, und diese auch dauerhaft umzusetzen, schien doch nahezu ausgeschlossen. Die langsame Verwandlung von einer nationalsozialistisch geprägten in eine zunehmend westlich-liberale Gesellschaft, wie wir sie in der Bundesrepublik verfolgen können, ist eine der bemerkenswertesten Entwicklungen in diesem Jahrhundert, und zwar umso mehr, je klarer das tatsächliche Ausmaß der Belastung durch die personellen und mentalen Hinterlassenschaften der NS-Diktatur vor Augen tritt.

Die zweite Hälfte des Jahrhunderts war wiederum geteilt, wenngleich auf andere Weise, mit der Folge, dass die Menschen im östlichen Teil Deutschlands erst am Ende des Jahrhunderts Gelegenheit bekamen, an der Freiheit und dem Wohlstand der West-deutschen teilzuhaben. Den Menschen im Westen erging es nach 1945 viel besser als jenen im Osten, wenngleich nicht aus eigenem Verdienst, sondern durch die Launen des Schicksals und der Besatzungsmächte, und bald schien es, als hätten die Deutschen im Osten die Folgen des Krieges alleine zu tragen. Dabei war die Geschichte der DDR nicht weniger, sondern eher noch stärker auf das Jahr 1945 bezogen als jene der Bundesrepublik – als Produkt der Besatzungspolitik der sowjetischen Siegermacht, aber auch als Reaktion der deutschen Kommunisten auf Faschismus und Krieg.

2. Radikale Reaktionen auf die moderne Industriegesellschaft

Dieser historische Zusammenhang besitzt ohne Zweifel eine exklusiv deutsche Signatur. Die deutsche Geschichte in diesem Jahrhundert unterscheidet sich von der Geschichte aller anderen Länder, und sie geht nicht in der europäischen Geschichte auf. Sie ist gleichwohl auch eine europäische Geschichte, denn zahlreiche Faktoren der Geschichte laufen in europäischen, vor allem den westeuropäischen Ländern im 20. Jahrhundert parallel zueinander, und das steht

in gewissem Widerspruch zu dem zuvor Ausgeführten, weil es die Zäsur des Jahres 1945 überwölbt.

Es bezieht sich auf die Durchsetzung der Industriegesellschaft im 20. Jahrhundert. Wenn ich vom 20. Jahrhundert spreche, so in einer spezifischen Weise. Es hat sich vielfach eingebürgert, den Ersten Weltkrieg als Wasserscheide zwischen den Jahrhunderten zu betrachten. Eric Hobsbawm etwa versteht das 20. Jahrhundert als „eine der schwärzesten Epochen in der Geschichte“, die 1914 mit dem Ersten Weltkrieg begonnen und 1990 mit einer doppelten Krise beendet worden sei – „einerseits mit dem Kollaps des Experiments namens Sozialismus, andererseits mit dem gescheiterten Versuch, nach dem Zweiten Weltkrieg den Kapitalismus irgendwie menschlicher und sozial zu gestalten“. Er versteht das das 20. Jahrhundert im Wesentlichen als den Kampf zweier Ordnungssysteme, die auch im Rückblick als gleichermaßen verderblich zu erkennen sind.

Es gibt aber auch Einwände gegen eine solche Periodisierung, etwa der Art, dass auf diese Weise die Konfrontation zwischen Kapitalismus und Kommunismus zur zentralen Achse des Jahrhunderts erhoben wird. Dann aber werden Zweiter Weltkrieg und Holocaust, aber auch Kolonialismus und Dekolonisierung zu nachrangigen Faktoren.

Um die Geschichte des 20. Jahrhunderts zu erzählen, ist es aber nötig, die tiefgreifende Veränderungsdynamik der Jahrzehnte zwischen 1890 und 1914 zu berücksichtigen, die jahrzehntelang nachgewirkt hat und in kürzester Zeit eine solche Wucht entfaltete, dass alle europäischen Gesellschaften davon ergriffen und gezwungen wurden, auf diese Herausforderungen zu reagieren. So wird, wer den Aufstieg der Weltanschauungsdiktaturen und die beiden Weltkriege, den Holocaust und wie Dekolonialisierung darzustellen und zu erklären hat, vor den Ersten Weltkrieg zurückgehen und die beiden Jahrzehnte vorher betrachten müssen, um die Durchsetzung des modernen Industriekapitalismus, der immer mächtiger werdenden Staatsapparate und den Aufstieg der großen radikalen politischen Massenbewegungen zu verfolgen, die im Laufe des Jahrhunderts eine so zerstörerische Wirkung entfalteten.

Seit etwa 1890 nämlich waren – anders als in den Jahrzehnten zuvor – die der modernen Industriegesellschaft innewohnenden Tendenzen in Deutschland nicht mehr auf spezifische Gruppen und wenige Regionen begrenzt, sondern verwandelten das Leben nahezu aller Menschen, und zwar innerhalb einer Generationenspanne und so grundlegend wie nie zuvor in der Geschichte. Intensität und Dynamik dieser Veränderungen stellten die Zeitgenossen vor außerordentliche Herausforderungen. Die in den Folgejahrzehnten festzustellenden politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Bewegungen, die mit großer Radikalität auftraten, sind vor allem als Versuche der Reaktion, der Antwort auf diese Herausforderungen zu verstehen, die zum einen als nie gekannter Fortschritt, zugleich aber als tiefe, existentielle Krise der bürgerlichen Gesellschaft empfunden wurden. Die Suche nach einem Ordnungsmodell von Politik und Gesellschaft, das auf diese rasenden Veränderungen reagierte und sowohl Sicherheit wie Dynamik versprach, Gleichheit wie Wachstum, prägte die folgenden Jahrzehnte.

Dabei verlor das liberalkapitalistische Ordnungsmodell in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, der Inflation und besonders nach der Weltwirtschaftskrise an Legitimität und Überzeugungskraft und sah sich der Konkurrenz der radikalen Alternativen von links und rechts gegenüber, die gegen Pluralität und Diversität das Prinzip der Einheit und der Dichotomien setzten, in den Kategorien der Klasse oder der Rasse. Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts kann in weiten Teilen als eine Geschichte dieser Konkurrenz verstanden werden. Beide, Kommunismus wie Nationalsozialismus, sind also zu verstehen als radikale Antworten auf die seit der Jahrhundertwende sich vollziehenden Wandlungsprozesse, dynamisiert durch die des Ersten Weltkriegs und durch die Auseinandersetzungen mit den je konkurrierenden Ordnungsentwürfen.

Dabei verkörperten Nationalsozialismus und Kommunismus keine „antimodernen" Gesellschaftsformationen, sondern andere Entwürfe zur Ordnung der modernen Welt, in der der liberale Dreiklang aus freier Wirtschaft, offener Gesellschaft und wertbezogenem Universalismus auf je spezifische Weise durchbrochen und zerstört wurde.

In den dreißiger Jahren, nach Inflation und Weltwirtschaftskrise, schien das liberale Modell seine Attraktivität und Zukunftsfähigkeit vollends verloren zu haben, und nicht nur in Deutschland, auch in den USA und den Gesellschaften Westeuropas gab es starke Kräfte, die die Zukunft allein in den modernen Massendiktaturen sahen.

3. Der Nazistaat und sein Ende

Das „Dritte Reich" war angetreten, um eine radikale Alternative zu jener bürgerlich- liberalen Gesellschaft zu verwirklichen, die nach Weltkrieg und Weltwirtschaftskrise in weiten Teilen Europas als gescheitert angesehen wurde – ein Ordnungsmodell, das als angemessene Antwort auf die Herausforderungen der industriellen Gesellschaft entworfen worden war. In ihm sollte die angestrebte Einheit der Willensbildung durch den Führerstaat, die soziale Einheit durch die Volksgemeinschaft und die „Ausmerze der Volksfremden", die nationale Größe durch Aufrüstung und Revanchekrieg und die hergestellt werden. Dabei setzte der Führerstaat an die Stelle von Gewaltenteilung, Interessenausgleich und Kompromiss den einheitlichen, von oben nach unten durchzusetzenden Willen. Gegen das zivile Prinzip von Pluralität und Ausgleich stand das militärische Prinzip von Befehl und Gehorsam. Es schien den Herausforderungen der modernen Industriegesellschaft eher zu entsprechen als das komplizierte Austarieren von Interessen und das Abwägen von Chancen in der liberalen Demokratie.

Die Zielvorstellung der Volksgemeinschaft, seit der Jahrhundertwende über die politischen Lager hinweg eine Leitvokabel der Modernekritik, verband die Kritik an den die soziale Gemeinschaft zerreißenden Klassen der Industriegesellschaft und den Gegensätzen zwischen den Konfessionen mit der Ablehnung von Pluralismus, moderner Kultur und der Dynamisierung der sozialen Verhältnisse. Das war keine deutsche Besonderheit; man kann nachgerade von einer

Hegemonie des nationalen Gemeinschaftsgedankens in den 1930er Jahren sprechen, eine politisch-ideologische Gegenbewegung zum Aufstieg des Klassenkampfgedankens in den Jahren vor und nach dem Ersten Weltkrieg in fast ganz Europa.

Die Nationalsozialisten nahmen dieses Verlangen auf und radikalisierten es in extremer Weise: durch Egalitätspostulate, Fürsorglichkeit und Ausbau wohlfahrtstaatlicher Leistungen wie anderswo auch – aber auf der Grundlage von politischer Unterdrückung und rassischer Exklusion. Durch die Hierarchisierung der Gesellschaft nicht nach sozialen, sondern nach ethnischen bzw. rassischen Kriterien wurde dem großen Kreis der begünstigten Volksgenossen ein kleiner Teil der Auszuschließenden gegen-übergestellt, die für die Probleme der Moderne verantwortlich gemacht wurden: „Gemeinschaftsfremde“, Behinderte – und vor allem die Juden. Aber solches galt – im Innern wie bei nicht geringen Teilen der weltweiten Beobachter – als gewiss unschöne, aber womöglich hinzunehmende Nebenerscheinung des insgesamt als doch außerordentlich erfolgreichen wahrgenommenen NS-Regimes. Drei Jahre nach der Machtergreifung war die Hitler-Diktatur stabilisiert und wurde weltweit als ernsthafte Alternative eines moderne Ordnungsmodells für industrialisierte Nationalstaaten diskutiert.

Aber das Wesenselement des NS-Staates war die Gewalt, und mit dem Krieg fielen alle noch hemmenden Gegenkräfte weg. Der zehntausendfache Mord an Behinderten in Deutschland zeigte bereits früh und nahezu öffentlich an, auf welche Weise die starke, gesunde Volksgemeinschaft etabliert werden sollte. Die Umsiedlungspolitik in Polen, die Verfolgung der Juden in ganz Europa, die kolonialistische Vernichtungs- und Hungerpolitik in der Sowjetunion, schließlich die Ingangsetzung des Genozids an den europäischen Juden bezeichnen die Stationen einer Mordpolitik, die alles bisher Gekannte überstieg.

Auf die Eskalation der Judenverfolgung bis zum Einsetzen der systematischen Massentötungen 1940/41 haben gewiss viele Faktoren eingewirkt. Durchgehend wird aber erkennbar, dass die Juden als Exponenten der Moderne angesehen wurden, und zwar in zweifacher Weise: als Exponenten und Begünstigte des universalistischen Prinzips des westlichen Kapitalismus und als Exponenten des universalistischen Prinzips des Bolschewismus. In dieser Wahrnehmung wurden sie als Verursacher und Verantwortliche für nahezu alle Fehlentwicklungen der modernen Zeit angesehen und auch als die entschiedensten Gegner des nationalistischen, antiuniversalistischen Deutschlands, dessen Niederlagen und Katastrophen als Werk der Juden angesehen wurden.

Für die Bindung größerer Teile der deutschen Bevölkerung an das Regime war neben den militärischen Erfolgen das Erleben der wirtschaftlichen Stabilisierung nach 25 Jahren ununterbrochener Krisen entscheidend, und selbst jene, die weiter in Opposition zu Hitler standen und wussten, auf welche Weise diese Erfolge erreicht worden waren, profitierten davon. So galt die Hauptsorge der meisten Deutschen auch nach Kriegsbeginn dem eigenen Fortkommen und dem Bestreben, das nach Jahrzehnten der Entbehrungen nun endlich erreichte „normale“ Leben mit Arbeitsplatz, festem Einkommen und einer gewissen Zuversicht festzuhalten und sich nicht durch die Begleitumstände des Krieges zerstören zu lassen. Dabei

entwickelte sich eine Art von Komplizenschaft zwischen der NS-Führung und Teilen der deutschen Bevölkerung, welche sich aus dieser Verbindung bis zum Schluss nicht lösen konnte.

Spätestens seit Mitte 1942 aber schlug die Stimmung der deutschen Bevölkerung vor allem in den bombengefährdeten Großstädten allmählich um in Abstumpfung und Apathie. In dem Maße, wie die Niederlage näher rückte, wurden die Verbrechen des Regimes, von denen man manches gewusst oder doch geahnt hatte, und damit auch die eigene, individuelle Nähe zum Regime allmählich zur Last oder gar zur Bedrohung. Das beschleunigte die Auflösung der politischen und emotionalen Bindungen an das Regime. Die Loyalität eines Großteils der deutschen Bevölkerung gegenüber dem „Dritten Reich“ war an dessen Erfolg gebunden – wirtschaftlich und sozial wie militärisch. Blieb der Erfolg aus, verlor das Regime seine Legitimationsquelle. Als Alternative zur liberal-kapitalistischen Gesellschaft des Westens war der Nationalsozialismus am Ende des Krieges ebenso vollständig gescheitert wie desavouiert.

4. Bruch und Kontinuität nach 1945

Mit dem Untergang des „Dritten Reiches“ war die Frage nach der richtigen sozialen Ordnung im industriellen Kapitalismus jedoch nicht beantwortet, sondern weiterhin aktuell. Die rechtsradikale, faschistische Alternative zur bürgerlichen Gesellschaft war dementiert. Die linksradikale Alternative hingegen schien durchaus zukunftsträchtig zu sein, zumal das westliche liberale Ordnungsmodell im Zuge der Weltwirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren in weiten Teilen Europas als gescheitert und widerlegt angesehen worden war.

So wurde in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands die andere radikale Alternative zur bürgerlichen Gesellschaft durchgesetzt, der Sozialismus sowjetischer Spielart – jedoch, im Unterschied zum NS-Regime, nicht als von einer knappen Mehrheit, sondern von einer winzigen Minderheit getragene Diktatur, die, wie der Aufstand vom 17. Juni 1953 zeigte, von nichts anderem getragen wurde als von den Bajonetten der Roten Armee. Es gelang der SED auch bis zu ihrem Ende nicht, einen signifikanten Anteil der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen. Interessant in unserem Zusammenhang ist aber, dass die Grundideologie der SED sich einerseits auf den Antifaschismus, zum anderen aber durchgehend auf die Konstellation der Jahrhundertwende und der 20er Jahre bezog. Der Antifaschismus basierte auf den Verfolgungserfahrungen vor allem der Kommunisten während der Nazijahre. Indem sie die Konstellation auf die gesamte DDR-Gesellschaft übertrugen, lösten sie die DDR aus der Nachfolge des NS-Staates und nahmen dabei hin, dass die Nachwirkungen des Nazismus im Volk unbesehen fortgeführt wurden, galt doch das Nazi-Regime auf diese Weise allein als Vorgeschichte des Weststaates. Der Sozialismus war ein Kind des Industrialismus und basierte weiterhin auf der Annahme des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit, der durch die Struktur der Hochindustrialisierung geprägt war: ungelernte Massenarbeiter in

schwerindustriellen Betrieben sowie Bauern und Landarbeiter auf der einen, Kapitalisten und ihre Handlanger auf der anderen Seite. In dem Maße, wie sich diese Grundstruktur im Westen spätestens seit den 1960er und dann den 1970er Jahren grundlegend veränderte, verloren die Axiome des Sozialismus ihre Überzeugungskraft und ihren Legitimationsbezug selbst bei den eigenen Anhängern.

Im Westen hingegen vollzog sich die Etablierung einer Demokratie nach westlichem Muster zunächst auf der Grundlage einer perzeptiven Verwandlung des NS-Regimes, die eine Scheidung zwischen eigener Erfahrungswelt, als deren Kennzeichen Normalität und Kontinuität galten, und den NS-Massenverbrechen beinhaltete. Die Existenz dieser Verbrechen wurde – jedenfalls öffentlich – nicht bezweifelt, wurden aber weithin als erfahrungsfern und als Produkt einer anderen Erinnerung apostrophiert, nämlich derjenigen der Sieger: ein Element der Verdrängung, das etwa fünfzehn Jahre lang ziemlich erfolgreich war. Auch für die einstigen NS-Eliten, die zu einem hohen Anteil und ganz unverdientermaßen in der Bundesrepublik erneut zu Wohlstand und Ansehen kamen, war es oberstes Gebot, sich vom Nazi-Regime jedenfalls öffentlich zu distanzieren, das ja auch für ihre eigenen tiefen Sturz verantwortlich war.

Wenn wir also vor der Frage stehen, ob 1945 eher durch Kontinuität oder Bruch gekennzeichnet gewesen sei, so können wir das mit einem entschiedenen Sowohl- als-auch beantworten: In Bezug auf die staatliche Verfassung, die außenpolitische Grundorientierung und in gewisser Weise auch das parteipolitische Spektrum waren die Brüche tief wie kaum je zuvor, jedenfalls im Westen: eine demokratische Verfassung ohne ernsthafte Gegner von rechts und links, eine institutionell verfestigte Verbindung mit dem Westen, schließlich der Wegfall der parteipolitischen Organisation der radikalen Rechten stehen hier im Vordergrund. Hinzu kommen die Ausschaltung des Militarismus und mit ihm des preußischen Adels als politischer Machtfaktoren und vor allem die seit 1948 faktisch vollzogene staatliche Teilung des Landes als unübersehbare Elemente des historischen Bruchs. Im Bereich der Sozialstruktur, der Wirtschaftsverfassung, vor allem aber der kulturellen Orientierung und der politischen Mentalitäten jedoch überwogen die Kontinuitäten über das Jahr 1945 hinweg. Hier gibt es offenbar andere Zeitverläufe und Periodisierungsmechanismen.

5. Autoritäre Tradition und liberale Gesellschaft

Denn durch den Sieg und die überlegene militärische und wirtschaftliche Kraft des Westens, vor allem der USA, wurden die Prinzipien des liberalen, demokratischen Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg - für viele überraschend - wieder reaktiviert und entfalteten in der Bundesrepublik wie in ganz Europa nach dem Kriege eine Anziehungskraft, wie man sie in den dreißiger Jahren nicht mehr für möglich gehalten hatte. Aber erst als sich in den 1950er Jahren in Westdeutschland freie Marktwirtschaft und liberales System als stabil und bald außerordentlich erfolgreich erwiesen, setzte sich die liberale Option hier tatsächlich durch – als „soziale Marktwirtschaft“ deutlich abgesetzt vom reinen Kapitalismus angelsächsischer Prägung,

zugleich in Konkurrenz zu der Konzeption des sowjetischen Sozialismus in der DDR und eingebunden in die globale Konfrontation des Kalten Krieges.

Die Bundesrepublik war ein Industrieland, in dem Mitte der fünfziger Jahre etwa vierzig, Mitte der sechziger Jahre fast 50 Prozent der Erwerbstätigen in der Industrie beschäftigt waren, mit einem sehr hohen Anteil an ungelernten Arbeitern. In den Bereichen der wirtschaftlichen und technischen war das gesellschaftliche Modell der Ausgangsperiode der Hochindustrialisierung, also der Jahrzehnte um 1900, weiterhin grundlegend und wirksam. Aber auch kulturelle Normen und Mentalitäten überdauerten die Zäsur von 1945, und vor allem in den Bereichen von Erziehung, Familie, Sexualität überwogen die seit der Jahrhundertwende gültigen Leitbilder. Die ästhetische Moderne blieb aus dem Bildungskanon der höheren Schulen ausgesperrt. Gegen die Erscheinungsformen der westlichen, der „amerikanischen" Alltagskultur bildeten sich Abwehrfronten, mit denen vor allem das deutsche Bildungsbürgertum Dämme gegen die Verflachung und Entpersönlichung Dämme errichten wollten. Dieser Versuch, eine zwar hochindustrialisierte, kulturell aber konservative Republik aus dem Geist der Goethezeit zu etablieren, mit autoritärem Staat und strengen Sittlichkeitsregeln, wie wir ihn in den 50er Jahren beobachten können, entsprach dem Bedürfnis nach Rückzug aufs Vertraute angesichts erneut dynamischer Veränderungen.

Aber schon nach wenigen Jahren erwies sich dieses Ordnungsmodell für die sich wirtschaftlich rapide verändernde Gesellschaft der Bundesrepublik als überholt und sah sich zunehmender Kritik ausgesetzt. Denn die kulturpessimistischen Prophezeiungen von Untergang und Degeneration als Folge der modernen westlichen Lebensweise hatten sich nicht bestätigt. Wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Sicherheit, wachsende Bildungschancen in der Bundesrepublik der späten 50er Jahre widerlegten die düsteren Bilder der um den Bestand von Nation, Volk und Sitte bangenden politischen und kirchlichen Instanzen. Zugleich bot die neue, herausfordernde Welt der Konsumgesellschaft ganz andere Möglichkeiten der Verwirklichung von Wünschen und der der individuellen Lebensplanung. Das Ordnungsangebot des antiliberalen Konservatismus, das nach wie vor auf nationale Integration, auf Staatsautorität, auf Familie und Sittlichkeit setzte, stand dazu in Widerspruch.

Seit den späten 50er Jahren nahm die Kritik am autoritären Staat Adenauers und an den Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus zu – am staatsfixierten Demokratiebegriff etwa, der Orientierung an einem überlebten Sittlichkeitskodex, der autoritären Gängelung der Bürger.

Besonders deutlich wurde das zunächst im Verhältnis von Regierung und Presse. In den fünfziger Jahren hatte die Regierung Adenauer ein System effektiver Mediensteuerung eingerichtet, das eine unabhängige Berichterstattung nur in eingeschränktem Maße zugelassen hatte. Die stillschweigende Vereinbarung mit der Regierung bedeutete für die Journalisten, so die Medienhistorikerin Christina von Hodenberg, „die grobe Linie der Regierungspolitik zu befürworten, politische Berichterstattung am Publikum der Gebildeten auszurichten, nationalistische und antikommunistische Töne zu tolerieren und das heikle Thema der NS-Vergangenheit wenn irgend möglich zu umgehen."

Der Vorrang des Staates vor Gesellschaft und Öffentlichkeit sowie der nach Wohlverhalten reglementierte Zugang zu den Informationen der Macht waren die Grundlagen dieses Konzepts von Journalismus ohne Kontrollfunktion, das nun seit den späten fünfziger Jahren mehr und mehr auf Kritik stieß und ignoriert wurde.

Mit dieser Kritik verbunden war die Forderung nach der Ausdehnung von Demokratie über die Institutionen hinaus auf das Zusammenleben der Menschen in der Gesellschaft. Der damals sehr einflussreiche Soziologe Ralf Dahrendorf etwa schrieb, dass es, anders als nach 1918, in der Bundesrepublik nach 1949 zwar gelungen sei, stabile und weithin akzeptierte demokratische Institutionen des Staates zu errichten, die Gesellschaft selbst aber sei nach wie vor von Konfliktscheu, autoritären Strukturen und Einengung der individuellen Freiheit gekennzeichnet. Notwendig sei es jedoch, die liberale, selbstbestimmte Gesellschaft zu konstituieren.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Debatten seit der Hälfte der sechziger Jahre aber stand die NS-Vergangenheit. Nach zehn Jahren der relativen Stille wuchs sie sich zur zentralen Herausforderung von Staat und Gesellschaft heraus und wurde im Innern wie von außen betrachtet zum wichtigsten Kriterium für Ernsthaftigkeit und Zuverlässigkeit der demokratischen Entwicklung in Westdeutschland. Daraus entwickelt sich eine gesellschaftliche Dauerdebatte, die fast fünfzig Jahre lang andauerte und nach wie vor nicht völlig abgeschlossen ist. Sie war außerordentlich kontrovers und zeitweise geradezu exzessiv, aber sie sorgte doch dafür, dass sich die Deutschen in der Bundesrepublik ziemlich schonungslos mit den Verbrechen der Nazi-Zeit auseinandersetzten und dabei immer deutlicher erkannten, wie weit und wie tief die Verstrickungen auch lange Zeit als unverdächtig geltenden Institutionen in die Verbrechen war – von der Wehrmacht über die Polizei bis hin zu den Finanzämtern.

Diese Kritik an der Gesellschaft der Adenauer-Ära war in den 1960er Jahren auf eine kennzeichnende Weise mit der Ausbreitung der sozialdemokratischen Option verbunden, die sich einerseits durch Antifaschismus und Demokratisierungsforderung auszeichnete, andererseits durch die Orientierung auf Industrie, Wachstum und Sozialpolitik gekennzeichnet war und sich von der engen Bindung an die Industriearbeiterklasse abzulösen begonnen hatte. Der sozialdemokratischen Option war zudem ein spezifischer, emphatischer Begriff von Fortschritt eigen, der auf einer bündigen Idee vom Gleichklang der technischen mit der gesellschaftlichen Entwicklung aufruhte. Diese Vorstellung nährte die Überzeugung, dass man mit den Mitteln der staatlichen Wirtschaftspolitik die alte Krisenhaftigkeit des Kapitalismus überwinden könne. Als die kurze Rezession von 1967 überwunden war und erneut Wachstumsraten um die 6 Prozent erreicht wurden, schien die Probe aufs Exempel erbracht: Moderne Politik, war sie nur wissenschaftlich grundiert, konnte also nicht nur die Gesellschaft verändern, indem sie die Grenzen zwischen den Klassen durchlässig machte und bessere Bildung für größere Teile der Bevölkerung ermöglichte. Sie konnte nun auch, so verkündete etwa der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Schiller, die kapitalistischen Krisen, seit fast einhundert Jahren die Geißel der Industriegesellschaften, überwinden und damit Arbeitslosigkeit und Armut auf Dauer beseitigen! Diese Überzeugung verstärkte den Fortschrittsoptimismus der

Jahre zuvor noch und prägte die Politik der folgenden Jahre sowohl bei den Sozialdemokraten wie auch im bürgerlichen Lager.

Die DDR hingegen war für die Sowjetunion zunächst nur als Anteil an den Reparationen und Teil ihres Sicherheitskordons bedeutsam. Für die deutschen Kommunisten aber war sie die Erfüllung ihres Traums und ihrer Idee vom Sozialismus. Bis zu ihrem Ende war dieser Staat geleitet von den immer wieder erneuten Versuchen der Umsetzung dieser Idee, deren sämtliches Scheitern jedoch immer erneut auf Fehler oder Verrat, nicht aber auf die Idee selbst zurückgeführt wurde. Mit dem Bau der Mauer 1961 war gewährleistet, dass die Flucht von Millionen DDR-Bürgern in den Westen gestoppt und mit dem Bau des Sozialismus neu begonnen werden konnte. Grundlage blieb die industrielle, genauer die schwerindustriell geprägte Gesellschaft, gekennzeichnet durch die Massenheere der Industriearbeiter und das damit einhergehende Modell von Arbeit, Familie und Moral – und autoritärem Staat. Die Vorstellung, den Vorsprung des Westens durch massive Forcierung der Naturwissenschaften einzuholen, ja zu überholen, erwies sich bald als Chimäre. Die Verheißung, durch einheitliche Leitung und Planung und durch Ausschluss störender Elemente wie Pluralismus, bürgerliche Presse oder freie Wahlen in *einer* gewaltigen Anstrengung die Utopie des Sozialismus in Wirklichkeit zu überführen, erfüllte sich nicht. Übrig blieb der graue Alltag von Diktatur und Mangel.

6. Höhepunkt und Krise der klassischen Industriegesellschaft

Auch die Gesellschaft der Bundesrepublik war vom Modell der klassischen Industriegesellschaft geprägt, das sie wohlhabend und stabil hatte werden lassen. Zwischen 1965 und 1972 erreichte dieses Modell seinen Höhepunkt. Danach aber breitete sich eine fast zehnjährige Krise aus, die das Prinzip des industriellen Fortschritts an seine Grenzen brachte. Dass es sich nicht um eine klassische kapitalistische Zyklus-Krise handelte, sondern um eine strukturelle Krise, die das das Ende der Industriegesellschaft in ihrer klassischen Form einläutete, wurde lange Zeit jedoch nicht erkannt. Aber seit in den Jahren nach 1975 erstmals ein deutlicher Anstieg des Bruttoinlandsprodukts mit einer massiven Steigerung der Arbeitslosenzahlen einherging, war die alte Verbindung von Wachstum und Wohlstand in Frage gestellt. Die bis dahin unangefochtene Stellung von Schwerindustrie und industrieller Massenarbeit als Grundlage der entwickelten Gesellschaften geriet ins Rutschen. Die Nachfrage nach industriellen Massengütern aus dem Montanbereich war weitgehend befriedigt, das Öl hatte die Kohle weitgehend ersetzt, und Länder mit viel niedrigeren Lohnhöhen waren in der Lage waren, die mit einfachen Technologien herzustellenden Produkte erheblich billiger zu produzieren als die Europäer. Bergwerke,

Stahlunternehmen und Schiffswerften wurden geschlossen, die industriellen Massenarbeiter millionenfach entlassen oder frühpensioniert.

Diese Erosion der klassischen Industriegesellschaft vollzog sich in der Bundesrepublik wie in den meisten westlichen Gesellschaften von den späten 60er bis in die frühen 80er Jahre. Die fortschrittsgewisse Euphorie aber, welche die 1960er Jahre nicht nur in Westdeutschland gekennzeichnet hatte, verkehrte sich seit Anfang der siebziger Jahre in Zweifel und Krisenempfinden. Nach zwanzig Jahren Wachstum und Wohlstandsvermehrung begann 1973/74 in der Bundesrepublik, wie in allen westeuropäischen Staaten, erstmals seit der Nachkriegszeit eine lang anhaltende Wirtschaftskrise, die nicht nur die ökonomischen und sozialen Grundlagen der Republik, sondern auch Kultur und Lebensgefühl des Landes veränderte. Zugleich erwiesen sich die Vorstellungen von der umfassenden politischen Steuerbarkeit der kapitalistischen Wirtschaft als Illusionen. Von einer aktiven, gar „wissenschaftlich geleiteten“ Lenkung der Nationalökonomie konnte gar keine Rede mehr sein. Vielmehr musste die Politik mit kurzfristigem Krisenmanagement auf Entwicklungen reagieren, die sie nicht erwartet hatte und auf die es im Erfahrungsschatz der vergangenen hundert Jahre keine Antworten gab.

Diese neuen Probleme waren nationenübergreifend und betrafen auch und in besonders scharfer Weise die Länder im sowjetischen Machtbereich, die ganz auf die Verbindung zwischen schwerindustrieller Wirtschaft, sozialistischer Gesellschaft und autoritärem Staat gesetzt hatten und nun in existentielle Nöte gerieten. Der Niedergang der traditionellen Industriewirtschaft, der Anstieg der Energiekosten und die unzureichende Produktivität forcierten den Sturzflug der DDR–Wirtschaft wie aller Länder des Ostblocks. Mit der Schwerindustrie geriet auch der Sozialismus sowjetischer Spielart in eine, wie sich zeigte, letale Krise.

Viele dieser Probleme trafen auch Westdeutschland. Sie kumulierten in den Jahren um 1980. Hier kamen mehrere Faktoren zusammen: der Abschied von der klassischen Schwerindustrie, vom ungelernten Massenarbeiter, auch von der tradierten Gesellschafts- und Geschlechterordnung. Zweitens die Auswirkungen der Umweltkrise, die in dem Unfall von Tschernobyl einen ersten Höhepunkt fand und in Deutschland mehr als in anderen Ländern mit Ausnahme der USA zu einer bedeutenden Umweltschutzbewegung führte, aber auch zu verbreiteten, zum Teil geradezu apokalyptischen Ängsten. Drittens fiel in diese Zeit die Zuspitzung des „Zweiten Kalten Krieges“, der durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss und die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa gekennzeichnet war. Stärker noch als in der Ersten Phase des Kalten Krieges wurde den Deutschen beider deutscher Staaten nun bewusst, dass ein solcher Krieg vornehmlich auf ihrem Territorium geführt werden würde. Eine Phase nationaler Depression, voller Befürchtungen und Niedergangsszenarien war die Folge, die erst mit der sich wieder fangenden Konjunktur seit Mitte der 80er Jahre beendet wurde.

Nun begann auch die extreme politische Polarisierung zurückzugehen, welche das Jahrzehnt zuvor gekennzeichnet hatte. Die radikale Linke fand über die Grünen einen Weg in die – nun

allerdings stark veränderten – politischen Institutionen des Staates. Wirtschaftspolitisch fand die Republik zwischen den extremen Formen des keynesianistischen Staatsinterventionismus der 1970er Jahre und des neoliberalen Marktradikalismus, wie er in den angelsächsischen Ländern betrieben wurde, einen Mittelweg. Zu einer grundlegenden Reform des Sozialstaats kamen die Deutschen allerdings erst sehr viel später, im Jahr 2003, als der wirtschaftliche Niedergang einen solchen Umbau unumgänglich machte.

7. Zweierlei Einheit

Daran änderte auch die nachholende Revolution von 1989 und die deutsche Wiedervereinigung nichts. Zwar erwiesen sich die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Belastungen durch die Wiedervereinigung seit den 1990er Jahren im Westen wie im Osten als ganz außerordentlich und der Prozess des Zusammenwachsens als viel schwieriger als erwartet. Erstaunlich bleibt aber, dass die Bundesrepublik wirtschaftlich in der Lage war, die enormen Kosten der Wiedervereinigung zu tragen – wenn auch auf Kosten einer langfristig äußerst problematischen Verschuldung des Staatshaushalts. Bemerkenswert war auch, dass das institutionelle Gefüge der bundesdeutschen Demokratie genügend Stabilität aufwies, um die Aufgabe der Integration des Staatsgefüges der einstigen DDR zu tragen. Eine besondere Herausforderung war allerdings das Gesellschaftsmodell, das sich seit den späten 1960er Jahren im Westen herausgebildet hatte – mit seinem zunehmend liberalen Staatsverständnis, der hohen Leistungserwartung, den Tendenzen zu Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile und dem großen und weiter wachsenden Anteil an Migranten. Dass ein Teil der ostdeutschen Bevölkerung sich mit diesem Modell schwertat, war nicht überraschend. Bemerkenswert war vielmehr, dass dieses Modell eine solche Anziehungskraft entwickelt hatte, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung Ostdeutschlands bereit und in der Lage war, dieses Gesellschaftsmodell zu übernehmen. Das gilt in ähnlicher Weise übrigens auch für die ostmitteleuropäischen Länder, wobei die Transformationsprozesse dort noch viel härter ausfielen als in der vormaligen DDR.

Dass mit der deutschen Wiedervereinigung von 1990 auch die entscheidenden Weichenstellungen zur Vertiefung der Europäischen Einheit vorgenommen wurden, war den meisten Deutschen kaum bewusst. Angesichts der epochalen Veränderungen in Deutschland und der Welt in dieser Zeit blieb sogar die Vereinbarung über die Einführung einer gemeinsamen Währung, des Euro, im Schatten. Dabei fielen die Entscheidungen für die deutsche Wirtschafts- und Währungsunion und für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion zur gleichen Zeit und in direkter Beziehung zueinander. Durch die Aufgabe der D-Mark und die Einbindung in den europäischen Währungsverbund sollte die wirtschaftliche Kraft eines wiedervereinigten, stärkeren Deutschlands gewissermaßen europäisch vergemeinschaftet werden. Diese Haltung entsprach der schon seit den Nachkriegsjahren verfolgten Linie der westlichen Staaten, der Gefahr einer Übermacht Deutschlands durch die Europäisierung seines Wirtschaftspotentials entgegenzuwirken – vom Marshallplan über die

Einbindung in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bis hin zu den Beschlüssen von Maastricht. Diese Politik der Einhegung der Deutschen war ja über die Jahrzehnte hinweg sehr erfolgreich gewesen und hatte sowohl die Integration der Bundesrepublik in den Westen befestigt als auch den europäischen Staaten wirtschaftlich genützt. Allerdings waren auf diese Weise auch die Deutschen immer stärker geworden. Das erwies sich als das Dilemma der europäischen Einigung.

8. Das Ende der Utopien

Die Ereignisse in Deutschland und Europa in den Jahren nach 1989 waren von dem amerikanischen Politologe Francis Fukuyama schon früh publikumsträchtig in einem Aufsatz mit dem Titel „The End of History“ verkündet worden, der weltweit auf lebhaftes Interesse stieß. Darin entfaltete der Autor die These vom endgültigen Sieg des Liberalismus, hier verstanden als die Kombination von Demokratie, Kapitalismus und Wohlfahrtsstaat.

Nach dem Untergang zunächst des Faschismus und Nationalsozialismus am Ende des Zweiten Weltkrieges und nach dem sich abzeichnenden Scheitern der sowjetischen und in anderer Weise auch der chinesischen Variante des Kommunismus in der Gegenwart, so Fukuyama, gebe es keine universale Ideologie mehr, die auch nur im Ansatz in der Lage sei, für die fundamentalen Herausforderungen der modernen Welt bessere Lösungen anzubieten als der Liberalismus – weder der Nationalismus noch der islamische Fundamentalismus seien dazu in der Lage.

Was gegenwärtig zu beobachten sei, bedeute daher „nicht nur das Ende des Kalten Krieges oder eine spezifische Epoche der Nachkriegsgeschichte, sondern das Ende der Geschichte überhaupt, das heißt den Endpunkt der ideologischen Entwicklung der Menschheit und die Verallgemeinerung der westlichen liberalen Demokratie als endgültiger Form menschlichen Regierens“.

Natürlich stellte Fukuyama nicht in Frage, dass es auch in Zukunft riesige und womöglich noch wachsende Probleme geben werde, die dringend einer Lösung harrten, wie Armut, soziale Ungerechtigkeit, Rassismus oder ökologische Katastrophen. Und er bezweifelte selbstredend auch nicht, dass es weiterhin Geschichte im Sinne von Krisen, Kriegen und dynamischen Veränderungsprozessen geben werde. Nach der Auffassung Fukuyamas war nun jedoch kein Ordnungssystem mehr bekannt, das diese globalen Probleme der Menschheit kurz- oder langfristig besser zu lösen imstande sei (oder dies auch nur beanspruchen könne) als das des demokratischen Kapitalismus.

Das ist vermutlich ein richtiger, bei näherem Hinsehen aber problematischer Befund. Denn aus Fukuyamas These vom endgültigen Scheitern der im 20. Jahrhundert entwickelten radikalen Alternativen zum liberalen System folgte ja, dass hinfort die großen Probleme der Menschheit nicht mehr mit der stimulierenden Hoffnung auf die totale Alternative, auf den Systemumsturz,

auf die Errichtung einer ganz anderen und besseren Gesellschaft angegangen werden konnten, sondern nur innerhalb der Parameter des vorhandenen Ordnungssystems. Nach einem Jahrhundert der exzessiven politischen Gewalt war dies allerdings eher Anlass zur Hoffnung als zur Trauer, zumal in Deutschland. Gleichwohl bedeutete diese Einsicht auch, hinfort die begrenzten Reichweiten politischer Veränderungsmöglichkeiten zu akzeptieren. Die Vorstellung vom „letzten Gefecht“ vor dem endgültigen Sieg des Guten über das Böse hatte sich in den voran gegangenen Jahrzehnten als irreale Erlösungsromantik entlarvt.

Zudem: Das Lebensprinzip der kapitalistischen Wirtschaft beruht auf Wachstum, und da auch die Probleme in den ärmeren Regionen der Welt nicht durch die Verteilung des schon Vorhandenen, sondern durch die Vermehrung von Wohlstand und Wachstum gelöst werden sollten, schien hier eine Grenze der Lösungskompetenz des westlichen Modells erkennbar zu sein. Je erfolgreicher der weltweite Kapitalismus also wurde, desto bedrohlicher würden die damit verbundenen ökologischen Risiken.

9. Die liberale Gesellschaft nach dem Zusammenbruch ihrer Gegner

In der Geschichte der beiden deutschen Staaten in den 1970er Jahren, angesichts der Krise der klassischen Industriegesellschaften, wird ein wichtiger Vorzug der westlich-liberalen Gesellschaften erkennbar: Anders als die sozialistischen Diktatur, die an den Industrialismus gebunden waren, erwies sich die westlichen Gesellschaften als wandlungsfähig und in der Lage, sich neuen Bedingungen anzupassen. Man kann die außerordentliche Wandlungsfähigkeit des demokratischen Kapitalismus im 20. Jahrhundert allerdings und plausiblerweise auch darauf zurückführen, dass er sich von den totalitären Konkurrenten absetzte, seine Sozialsysteme ausbaute, Kartellgesetze schuf, eine überlegene Konsumgesellschaft und nach langen Kämpfen sogar auch seine rassistisch fundierte Kolonialherrschaft aufzugeben bereit war bzw. gezwungen wurde. Mit dem Ende der Herausforderungen durch die totalitären Konkurrenten, nun vor allem des Kommunismus, seit 1990 fielen solche Widerlager jedoch weg und eine neue, reinere, gewissermaßen ungestörte Form des Kapitalismus begann sich durchzusetzen. Die Liberalisierung der Finanzmärkte und die weltweite Grenzöffnung für die Kapitalströme verhießen im Verbund mit der Digitalisierung des Finanzkapitalismus nun ganz neue, unbegrenzte Möglichkeiten. Damit verbunden war der exzessive Ausbau der Strategien der Gewinnsteigerung in nie dagewesenen Größenordnungen, ungebremst von antikapitalistischen oder jedenfalls antiuniversalistischen Gegenbewegungen.

Zwar hatte es solche Perspektiven auch vor 1989/90 schon gegeben, nach dem Untergang des Sowjetsystems aber setzten sie sich verstärkt durch. Die aufeinander folgen-den Finanzkrisen seit 2001 mit dem Höhepunkt von 2008, als für einen Augenblick der vollständige Zusammenbruch der Weltwirtschaft tatsächlich unmittelbar bevorzustehen schien, machten das schlagartig deutlich: Im Sommer 2009 schätzte der Internationale Währungsfonds die durch die Finanzkrise weltweit entstandenen Verluste auf etwa 12 Billionen Dollar. Die Krise ließ Länder

verarmen, Staaten zahlungsunfähig werden und die Zahl der Hungernden auf der Welt sprunghaft ansteigen – um 100 Millionen auf eine Milliarde. Der Wert der Finanzanlagen übersteigt den Wert aller weltweit verkauften Waren und Dienstleistungen inzwischen um das Dreifache.

Der von politischen Fesseln und Bindungen weitgehend befreite Finanzkapitalismus hatte seine Dynamik bis zu einem Punkt getrieben, an dem die Auswirkungen einer Krise nicht nur für einzelne Unternehmen und Nationalwirtschaften, sondern weltweit katastrophale Folgen nach sich zogen.

Wenn man also die Finanzkrise, die von der dotcom-Krise von 2001 über die Bankenkrise von 2008 zur Eurokrise der Gegenwart reicht, als Auftakt des 21. Jahrhunderts versteht, ist damit eine deprimierende Prognose verbunden. Sie verweist darauf, dass das Ordnungssystem des liberalen und sozial abgefederten Kapitalismus, das nach dem Untergang der radikalen Alternativen von links und rechts als Sieger der Geschichte des 20. Jahrhunderts erschien, nicht in der Lage ist, seine eigene Dynamik zu zügeln. Daraus ergibt sich eine durchaus pessimistische Prognose, zumal sich gezeigt hat, dass Wirtschaft, Politik und Wissenschaft auf eine solche Krise nicht vorbereitet waren, weil über die Auswirkungen des deregulierten und global agierenden Finanzkapitalismus gar keine auswertbaren Erfahrungen vorlagen.

10. Perspektiven

Das aber ist keine spezifisch deutsche Entwicklung mehr, wenngleich die deutsche Volkswirtschaft nach der Wiedervereinigung durchaus als einer der Gewinner des neuen, globalisierten, im doppelten Sinn entgrenzten Kapitalismus gelten darf. Aber Deutschland ist nicht mehr das Land der Extreme, das im Verlaufe des 20. Jahrhunderts nahezu alle Varianten der Ordnungsmodelle, die in Antworten auf die Herausforderungen der Neuen Welt seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts entstanden, durchspielte und umsetzte, und zwar jeweils in ihrer exzessiven Form. Extrem aber auch insofern, als die Wahrscheinlichkeit, dass Deutschland nach dem Krieg und Völkermord innerhalb weniger Jahrzehnte zu einer stabilen, ruhigen und durchaus vernünftigen Demokratie werden würde, als besonders unwahrscheinlich angesehen werden musste.

Trotz Ukraine-Krise, Euro-Krise, Griechenland-Krise und Flüchtlingskrise: Das Lebensgefühl der meisten Deutschen im zweiten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts ist überwiegend positiv gestimmt. Man fühlt sich sicher und blickt einigermaßen optimistisch in die Zukunft. Die Erfahrungen seit 1945 und auch nach 1990 haben Anlass zu einem solchen positiven Zukunftsbild gegeben. Denn wer hätte nach den Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine solche Entwicklung voraussagen können? Dabei wird das Bild der Deutschen mit den Gewaltexzessen des Zweiten Weltkriegs und der millionenfachen Vernichtungspolitik dauerhaft verbunden bleiben, weil diese Geschichte, wie sich gezeigt hat, eben nicht vergeht.

Der Wiederaufstieg Deutschlands zu einem nicht nur reichen, sondern auch geachteten, demokratischen Land ist jedoch auf die Auseinandersetzung mit diesen Verbrechen, in gewiss vermutlich nicht geringerem Maße zurückzuführen als auf ihre Exporterfolge. Auch dass es gelungen ist, stabile demokratische Institutionen zu schaffen, den Kapitalismus nach 1945 zu einer sozialen Marktwirtschaft umzuformen, den Ausgleich mit den Ländern des Ostens zu erreichen, Lebensweisen und Umgangsformen zu liberalisieren und die Kultur der Moderne anzunehmen, gehört zu jenen Erfahrungen, die eine optimistische Zukunftserwartung begründet haben, ebenso wohl auch wie die Bewältigung der schwierigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen der Wiedervereinigung. Dass der gegenwärtige Boom auf Dauer anhält, ist nach historischer Erfahrung auszuschließen. Und bei allem Optimismus wird man wohl daran erinnern dürfen, dass noch im Jahre 2003 Deutschland als der „kranke Mann am Rhein“ bezeichnet wurde. Aber dennoch: Die für die Zukunft zweifellos zu erwartenden Gefährdungen ergeben sich überwiegend nicht aus den inneren Spannungen und Widersprüchen dieses Landes, wie das in den hinter uns liegenden einhundert Jahren der Fall war. Auch nicht, wie man zu Beginn der neunziger Jahre vielleicht noch erwartet hätte, aus den Nachwirkungen des Zusammenbruch der DDR. Die größten Herausforderungen scheinen eher aus den internationalen Konstellationen zu entstehen, in die Deutschland eingebunden ist: aus den Gefahren des enthemmten Finanzkapitalismus, der nach dem Verschleiß der Alternativen selbstzerstörende Elemente offenbart; aus den weiterwirkenden Dynamiken des Nord-Süd-Konflikts, deren Ausmaße nicht absehbar sind und sowohl im Islamismus wie in der Flüchtlingskrise der Gegenwart seinen derzeitig aktuellen Ausdruck findet, aus der unklaren Suchbewegung des russischen Nachbarn nach einer postsowjetischen Identität, und aus den Widersprüchen eines wirtschaftlich ungleichgewichtigen Europas mit einer problematischen Dominanz Deutschlands.

Wer aber nach diesem Jahrhundert bilanziert, das Ausmaß von Glück und Unglück sei zu allen Zeiten gleich, verkennt die Entwicklung nach 1945 und nach 1990 jedenfalls in Deutschland und auch die Erfahrungen der Menschen, die in diesem Lande lebten und leben. Das kann, wer will, auch Fortschritt nennen. Aber es ist auch nicht auszuschließen, dass am Ende die aus diesem Fortschritt erwachsenden Gefahren nicht geringer sind als die überwundenen.